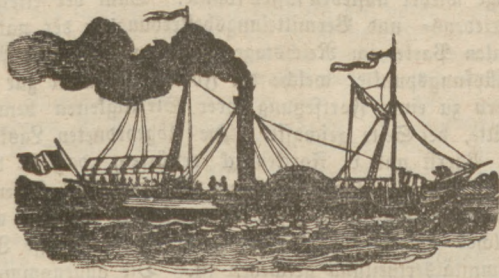


Danziger Dampfboot.

№ 83.

Montag, den 8. April.



1867.

38ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Rettemeyer's Centr.-Bigs. u. Annonc.-Bureau
In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau,
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau.
In Hamburg, Frankfurt a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris:
Haasenstein & Vogler.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint
täglich Nachmittags 5 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition
Porteplatzengasse Nr. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten
pro Quartal 1 Thlr. — Siebige auch pro Monat 10 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Sonnabend 6. April.

Der „Hamburger Correspondent“ meldet offiziös: Der Senat hat das Civilstands-Amt angewiesen, Entlassungen aus dem Staatsverbande nur wirklich Auswandernden und auswärts ihr Domicil Aufschlagenden zu gewähren.

Wien, Sonnabend 6. April.

Die Landtage von Böhmen, Mähren und Krain sind heute eröffnet worden. In den verschiedenen Versammlungen wurde ein an den Ministerpräsidenten Frhrn. v. Beust gerichtetes kaiserliches Handschreiben verlesen, durch welches die Landtage wiederholt zu der Vornahme von Reichsrathswahlen aufgefordert werden.

Florenz, Sonnabend 6. April.

Beim Empfang der von beiden Kammern überreichten Adressen theilte der König mit, daß er Rattazzi mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt habe, welches die Versöhnung zwischen Regierung und Parlament herbeiführen solle. Der König hob ferner hervor, daß von allen augenblicklich vorliegenden Aufgaben die Finanzfrage die wichtigste sei; er sei von der Bedeutsamkeit derselben berath durchdrungen, daß er sie persönlich zum besonderen Gegenstande seiner Prüfung mache.

Der König hat Rattazzi mit Bildung des Ministeriums beauftragt, nachdem General Menabrea wegen des Todes seines Sohnes abgelehnt hatte.

Wie die „Opinion“ meldet, übernimmt General Menabrea das Präsidium und das Aeußere, Rattazzi das Innere. Einem Gerücht zufolge sei Crispi die Justiz angeboten, er habe jedoch abgelehnt.

Paris, Sonnabend 6. April.

Im heutigen Abendgespräch auf dem Boulevard war die Rente in Folge heunruhigender Gerüchte zu 66, 00 angeboten. Man sprach von einer nach Berlin gegangenen Note, erzählte, daß Marschall Mac Mahon nach Paris berufen sei und befürchtete eine kriegerische Wendung unserer Politik.

In den Departements ist eine ministerielle Affäre verbreitet, welche die Nachricht dementirt, daß die Regierung an Preußen ein Ultimatum gerichtet habe. Die „Patrie“ enthält dasselbe Dementi und bestreitet ferner die Berufung des Marschall Mac Mahon, sowie die gerüchtweise behauptete Bildung eines Lagers von 100,000 Mann an der Ostgrenze. Sie stellt ferner in Abrede, daß eine Anleihe von 300 Millionen bevorstehe. Andererseits hält die „Patrie“ für erforderlich, daß Preußen auf Luxemburg vollständige Verzicht leiste. — Der „Moniteur“ schweigt über die Situation. Die „Liberté“ behauptet, Marschall Forey gehe morgen nach dem Lager von Chalons ab.

Im Privatverkehr der Börsenhalle herrschte ohne alle bestimmten Motive bodenlose Panique.

Konstantinopel, Sonnabend den 6. April.

Omer Pascha wird statt des Oberkommandos in Thessalien das in Kambia übernehmen. — Der hiesige russische Gesandte, Generalleutnant und Generaladjutant des Kaiser von Rußland, Ignatieff, ist zum Range eines außerordentlichen Botschafters erhoben.

Athen, Freitag 5. April.

Ricciotti Garibaldi ist mit 150 Gefährten über Korfu nach Italien abgereist. Die Züge fremder Freischaaeren nach Griechenland haben aufgehört.

Petersburg, Sonntag 7. April.

Das „Journal de St. Petersburg“ sagt Angesichts der überfälligen Urtheile der inländischen Presse über die Abtretung der russischen Besitzungen in Nord-

amerika, daß man erst die Details, die Ursachen und die Tragweite dieser Angelegenheit kennen müsse. Vorläufig könne man bloß sagen, daß eine für beide Theile vortheilhafte und die erworbenen Rechte achtende Transaktion wahrscheinlich sei. Es würde sich darum handeln, die ostibirischen Häfen zu begünstigen, den Kolonien, welche wir nicht gebührend auszubenten vermochten, Aufschwung zu geben und den beiderseitigen handelspolitischen Interessen im stillen Ocean vollkommene Genugthuung zu gewähren.

Norddeutscher Reichstag.

28. Plenar-Sitzung. Sonnabend 6. April.

Präsident Simson eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Am Tisch der Bundeskommissare: v. Roon, General v. Poddieski u. s. f. In der Hofloge: der Kronprinz, Prinz Nikolaus von Nassau. — Es beginnt die Diskussion über Art. 57; derselbe lautet: Nach Publikation dieser Verfassung ist in dem ganzen Bundesgebiete die gesammte preussische Militärgesetzgebung ungesäumt einzuführen, sowohl die Gesetze selbst, als die zu ihrer Ausführung, Erläuterung oder Ergänzung erlassenen Reglements, Instruktionen und Restripte, namentlich also das Militärstrafgesetzbuch vom 3. April 1845, die Militärstrafgerichtsordnung vom 3. April 1845, die Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843, die Bestimmungen über Aushebung, Dienstzeit, Servis- und Verpflegungswesen, Einquartierung, Ersatz von Sturbschädigungen, Mobilmachung u. s. w. für Krieg und Frieden. Die Militär-Kirchenordnung ist jedoch ausgeschlossen. — Hierzu liegt das Duncker-Waldeck'sche Amendement vor, den Art. 57 zu streichen und die Vorlage eines Rekrutirungsgesetzes für den nächsten Reichstag zu verlangen. — Der Abg. v. Fordenbeck schlägt zu Art. 57 vor: Nach gleichmäßiger Durchführung der Bundeskriegs-Organisation wird das Bundespräsidium ein umfassendes Bundesmilitärgesetz dem Reichstage und dem Bundesrathe zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorlegen. — Abg. Zacharia spricht gegen die Fassung der Vorlage, Abg. Forstel für dieselbe; er hält diesen Artikel nur für ein Einführungs-gesetz, mit welcher Ausführung sich der Kriegsminister v. Roon einverstanden erklärt. Abg. Wigard ist gegen den Artikel, weil dadurch etwas ganz Unbekanntes eingeführt werde. Abg. v. Vinke (Düben-dorf) verteidigt die Vorlage, desgleichen der Abg. v. Repler, welcher das viele Neben darüber nicht begreift; es handle sich ja nur darum, eine Einrichtung, welche schon für 25 Millionen gilt, noch für 5 weitere Millionen einzuführen. Abg. Köhden beantragt die Theilung des Artikels bei der Abstimmung, da er für den ersten Satz (bis „ungesäumt einzuführen“) und für den Schlusssatz, nicht aber für den mittleren Theil des Artikels stimmen will. Abg. Haberkorn hält die Schaffung einer einheitlichen Militärgesetzgebung für notwendig und würde für den Artikel stimmen, wenn damit nicht in einzelnen Staaten auch Gutes befeitigt werden würde. Man solle das Gute bestehen lassen, b.ä ein Bundesgesetz die Angelegenheit regeln. Der sächsische Bundes-Kommissar v. Friesen sagt, daß die sächsische Regierung die neue Militärgesetzgebung dem Landtage schon vorgelegt hat, um auch ohne diesen Verfassungs-Entwurf eine mit Preußen gleiche Militärgesetzgebung zu haben. Abg. Ewesten hält die in diesem Artikel gestellte Aufgabe für eine der schwierigsten, welche an eine Volksvertretung herantreten könne, da es sich um Annahme einer Gesetzgebung handle, die man nicht in ihrem vollen Umfange kenne. Solche Spezialgesetze gehören eigentlich nicht in eine Verfassung, aber hier handle es sich wesentlich um eine Bundeskriegsverfassung, und deshalb müßten die darauf bezüglichen Bestimmungen hier gleich festgestellt werden und nicht der künftigen Gesetzgebung vorbehalten bleiben. Abg. Dr. Wigard meint, der Vorredner hätte bei seiner Verttheidigung des Artikels recht deutlich die Schwierigkeit der Annahme hervortreten lassen. Er und seine Freunde seien mit dem Vorsatze hergekommen, etwas zu Stande zu bringen, aber sie wollten auch etwas für das Volk aus den Beratungen mit nach Hause bringen, und er verwahre sich gegen die Ansicht, daß sie die Entscheidung in dieser Frage verhindern wollten. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. Sneyk ist gegen die Theilung des Artikels und gegen Ablehnung des Mittel-

satzes. Die Militärgesetzgebung sei so komplizirt, daß man sie nicht in einem Gesetze zusammenfassen kann, und man käme dadurch auf das Gebiet des Reglements, d. b. wirklich in das Gebiet des Unbekannten, vor dem man sich durch Ablehnung schützen wolle. Abg. Schulze-Delitsch verteidigt mit einigen Worten noch einmal seinen gestern entwickelten Standpunkt. — Bei der Abstimmung wird der Artikel 57 ungeändert angenommen; das Fordenbeck'sche Amendement wird bei Zählung mit 134 gegen 128 Stimmen angenommen. — Es folgt die Diskussion über Art. 58, welcher lautet: Zur Bestreitung des Aufwandes für das gesammte Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind dem Bundesfeldherrn jährlich sovielmal 225 Thlr., in Worten zweihundert fünf und zwanzig Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres nach Art. 56 beträgt, zur Verfügung zu stellen. Die Zahlung dieser Beiträge beginnt mit dem ersten des Monats nach Publikation der Bundesverfassung. Hierzu sind folgende Amendements gestellt: 1) Von Waldeck und Duncker (Berlin), den Art. 58 zu streichen. 2) Von v. Fordenbeck: hinter die Worte: „Einrichtungen sind“ einzuschalten „bis zum 31. Decbr. 1871.“ 3) Von Kraß einzuschalten: „bis zum 31. Decbr. 1869“, und dem Artikel hinzuzufügen: „Die Höhe der Ausgaben für das gesammte Kriegswesen des Bundes wird für die Zeit vom 1. Januar 1870 ab jährlich durch das Bundes-Statutgesetz festgestellt.“ 4) Vom Abg. Fürst Solms, Graf Bethusy-Huc u., nach Artikel 58 einen Zusatz-Artikel einzuschalten, folgenden Inhalts: Artikel 58a. Die nach der Kopfzahl der Friedensstärke des stehenden Heeres berechneten Beiträge (Artikel 58) werden nach Ablauf von je 6 Jahren im Wege der Bundes-Gesetzgebung von Neuem festgestellt. — 5) Vom Abg. v. Moltke: dem Art. 58 folgenden Zusatz hinzuzufügen: Bis zum Erlasse eines abändernden Bundesgesetzes sind die bestehenden Beiträge unverändert fortzuerheben. Ebenso bemerkt es bis dahin bei dem durch Art. 56 festgesetzten Prozentsatz der Bevölkerung der Bundesstaaten. — Graf Bismarck in General-Uniform tritt ein. — Abg. Wagener (Neustettin) für die Vorlage. Er bedauert, daß gethert das Amendement Fordenbeck angenommen worden ist. Hr. v. Fordenbeck hat gesagt: Bis hierher und nicht weiter, aber auch für die konservative Partei giebt es eine Grenze, über die sie nicht hinaus darf. Hr. v. Fordenbeck hat mit seinen Amendements Forderungen gestellt, welche man in der Zeit des schärfsten Konflikts nicht zu stellen gewagt hat. Was die militärische Seite der vorliegenden Frage anbelangt, so vertraut er dem Urtheil des Generals v. Moltke, und er will sich auf die politische und die finanzielle Frage beschränken. Das Parlament hat uns die deutsche Einheit nicht gebracht, sondern sie nach Kräften zu verbinden gestrebt. Die deutsche Einheit besteht in der Armee, und wenn man die Einheit der Armee auf 3 Jahre beschränkt, so beschränkt man auch den norddeutschen Bund auf 3 Jahre. Mit Annahme der Fordenbeck'schen Anträge gelange man an die Grenze der Steuererweigerung. Es sei unerhört, in einer Verfassungsurkunde ein Uebergangsstadium festzusetzen, ein Provisorium zu begründen und es aufhören zu lassen, ehe das Definitivum festgestellt sei. Er meint, die Fordenbeck'schen Anträge bezwecken nicht, das Budgetrecht des preussischen Abgeordnetenhauses dem Parlament zu übertragen, sondern sie wollen das so lange erstrebte erweiterte Budgetrecht demselben erwerben. Wenn man von Anerkennung der Reorganisation spreche, so lege er darauf keinen Werth, wenn man sich gleichzeitig die Waffe zurecht macht, um von der Regierung jedes Zugeständniß auch auf diesem Gebiete erzwingen zu können. Der Militärkonflikt, welcher sich durch Annahme des Fordenbeck'schen Amendements vorbereite, sei größer, als der jetzt geschlossene, im Jahre 1872 würde nicht mehr der König, sondern das Parlament über die Armee zu disponiren haben. Er begreift nicht, daß diejenigen, welche sich als Wächter deutscher Ehre hinstellen, der Regierung Schwierigkeiten bereiten. Nicht Interpellationsreden machen Eindruck im Auslande, sondern die Einigkeit zwischen Regierung und Parlament, welche dabei zu Tage tritt. Wenn das Parlament die deutsche Verfassung an diesem Artikel scheitern läßt, so würden die Mitglieder zu Hause nicht freundlich empfangen werden. — Abg. Knapp (Nassau) gegen die Vorlage. Er entwickelt seinen Standpunkt der ganzen Verfassung gegenüber, spricht aber so undeutlich, daß er auf der Journa-

listenribüne nicht im Zusammenhange zu verstehen ist. — Abg. General v. Steinmetz meint, es seien von der Seite, welche bemüht ist, die Armee herabzudrücken, Behauptungen aufgestellt, welche widerlegt werden müssen. Wenn das volle Vertrauen da wäre, so würde es anders sein. Es wäre ganz gut, die Armee auf konstitutionellem Wege zu organisiren, wenn Dieselben, die diese Bestimmungen treffen sollen, auch im Moment der Gefahr bereit wären, mit Geld und Blut einzuspringen. Das sei aber nicht der Fall gewesen, und was würde die Folge gewesen sein, wenn man den Rath jener Herren befolgt hätte? Dieselben, welche früher die Armee bekämpft haben, wollen auch jetzt noch die Lächerlichkeit derselben untergraben, das müsse laut in's Land hineingefahren werden. Das Geld wird der Armee nur leihweise gegeben, es fließt zurück in das Land wie ein befruchtender Regen. Das wohlfeilste wäre, die Armee wäre gar nicht da, aber sie ist nothwendig, denn sonst wären wir auch nicht da, und deshalb ist das Geld dafür produktiv, weil unter der dadurch erzeugten Kraft die Geschäfte gedeihen. Als er aus Böhmen zurückgekommen sei, da habe man ihn in Waldenburg nicht bloß mit Jubel, sondern dankbar empfangen, dieses Gefühl solle man doch jetzt noch festhalten. Wenn man der Armee die Mittel entzieht, so stört man das Vertrauen, welches sie in sich selbst setzt. Hier zu sparen, ist eine falsche Sparsamkeit. — Abg. Gumbrecht glaubt nicht, daß irgend einer im Hause einen Schatten auf die Ehre der Armee werfen will, aber man darf die Armee-Einrichtungen nicht von einem einseitigen Standpunkt beurtheilen. Wer ein Herz für die Ehre und Größe des norddeutschen Bundes hat, wird die Mittel für die Armee bewilligen, aber er wird bedenken, daß es eine Grenze giebt, die innegehalten werden muß. Aber wenn wir auf dem Schlachtfelde mit gutem Gewissen der Führung des Vorredners folgen können, so möge er (Vorredner) auf dem Gebiete der Volkswirtschaft uns folgen. Die Art, wie Wagener die Sache behandelt, treibe dieselbe auf die Spitze; man könne einer Volksvertretung nicht sagen, sie solle entweder alles oder nichts bewilligen. Die schon angenommenen Artikel der Verfassung schaffen die Kadres einer Armee, von der man nicht sagen könne, sie schweben in der Luft, wenn man der Volksvertretung ein bescheidenes Maß von Einfluß bewilligt. Wenn man Bestimmungen treffen wolle, um einen ähnlichen Konflikt, wie der beseitigte, zu verhindern, so halte er dies nicht für nöthig, da ein Konflikt auf diesem Gebiete nicht wiederkehren werde. Der Kriegsminister habe selbst anerkannt, daß das Pauschquantum für eine Verwaltung etwas bedenkliches ist, und ein solches Pauschquantum soll jetzt nicht vorübergehend, sondern für ewig bewilligt werden. Dies zu verhindern, bezwecke das Fordernde Amendement. Die Loslösung der Militärverwaltung, welche fast die Hälfte aller Netto-Einnahmen verschlingt, von der einheitlichen Verwaltung des Staates sei bedenklich, denn ein Staat könne nicht die Bedürfnisse aller Verwaltungszweige voll befriedigen, und da müssen abwechselnd Ausgleichungen stattfinden, sonst schaffe man einen Zustand, der große Gefahren in sich schließt. Eine Verwaltung, der eine bestimmte Summe angewiesen sei, wird diese Summe ganz gewiß immer aufbrauchen. Eine große nationale Vertretung wird nie in kleinsten Dingen an dem Militär-Etat mädeln, die entgegengesetzten Erfahrungen in Preußen seien nicht maßgebend, denn der vorgekommene Konflikt sei ein nothwendiger Begleiter des Ueberganges vom Absolutismus zum Konstitutionalismus. Das Recht, welches das Amendement dem Reichstags wahrhaft will, ist ihm nothwendig; entzieht man ihm dasselbe, so würden die Folgen auch sehr bedenklich sein. — Der Abg. Freiherr v. Vincke (Hagen) — sprach für die Regierungsvorlage. — Der Abg. Miquel wendete sich gegen die Ausführungen der Abgeordneten v. Vincke (Hagen) und Wagener (Neustettin). — Der Abg. Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich erklärte sich für das von dem Abg. Freiherrn v. Moltke eingereichte Amendement. — Nach der Rede des Fürsten zu Solms-Hohensolms-Lich führte der Reichstags-Kommissarius Herr v. Koon aus, daß er keineswegs Verlangen nach einer Lage trage, die ihm gestatte, gewissermaßen aus der Tasche zu wirtschaften. Die Controle sowohl des Finanzministers als die der Rechnungskammer sei nothwendig. Aber ebenso nothwendig sei es auch, die Bedürfnisse der Armee, der wichtigsten Einrichtung des neuen Bundes, gegen alle zufälligen Meinungen und Stimmungen sicher zu stellen. Die im Art. 58 genannte Summe von 225 Thirn. für den Maan, müsse er als eine Minimalforderung bezeichnen. Uebrigens seien ja die Verhandlungen des Reichstags über die Verwendung des Geldes nicht ausgeschlossen. Eine Frist von 4 Jahren sei zur Durchführung der Organisation des Bundesheeres in den Bundesländern nicht ausreichend; mindestens bedürfe man zu dem genannten Zwecke sieben Jahre. Während der Debatte über Art. 58 reichte der Abg. v. Bennigsen folgendes Unter-Amendement zu dem Amendement v. Vincke ein: Der Reichstag wolle beschließen: dem von Vincke'schen Antrage folgende Fassung zu geben: Für die Zeit nach dem 31. Dec. 1871 wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich bestehende Organisation des Bundesheeres der weiteren Vereinbarung des Militair-Budgets des Bundes zu Grunde gelegt. — Auch von dem Abg. Falk wurde noch ein Amendement eingereicht, des Inhalts, „daß es bis zum Erlaß eines abändernden Bundesgesetzes bei dem durch Artikel 56 festgesetzten Procentsatz der Bevölkerung sein Bemenden haben solle.“ — Da das Resultat der Abstim-mung über einen Antrag auf Schluß der Debatte zweifelhaft blieb, so nahm die Diskussion ihren Fortgang und es ergriff das Wort der Abg. Twesten. Der Art. 58 wird schließlich nach Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Politische Mundschau.

Die Sonnabendssitzung des norddeutschen Reichstags muß weitaus als eine der wichtigsten des parlamentarischen Körpers angesehen werden. Sie war nicht bloß von Bedeutung, indem sie im Princip den

Compromiß bezüglich des Bundeskriegswesens abgeschlossen hat, sondern namentlich auch dadurch, daß erst durch diese Verhandlungen der alljährige Konflikt in Preußen über die Militärreorganisation seine definitive Erledigung gefunden hat. Denn trotz der vom Abgeordnetenhaus in seiner letzten Session dem Ministerium erteilten In demnithat, blieb noch Manches in der Schwebe. Die Armee-Reorganisation ward noch nicht gesetzlich anerkannt, vielmehr neben der Bewilligung des Pauschquantums für das Armee-Budget pro 1867 eine Resolution angenommen, welche die Debatten über die Armee-Organisation im Reichstags wieder aufleben lassen konnte. Dank der eifrigen Friedens- und Vermittelungsbestrebungen der nationalen Partei im Reichstags sind nun alle jene Anknüpfungspunkte, welche die Fortschrittspartei gar zu gern zu einer Fortsetzung ihrer Streitigkeiten benutzte, bei Seite geschafft. Die Abgeordneten Lasfer, v. Baerst und v. Forderbeck erklärten, daß sie den alten Streit abschließen und die factisch bestehende Armee-Organisation gesetzlich anerkennen wollen, wie solches im Grunde bereits durch die vorjährige In demnithattheilung geschehen ist. Die angenommene Vincke-Forderbeck'sche Fassung des Art. 55 besiegelt dieses Zugeständniß. Die vierjährige Reservezeit wird (unter Redaction der Gesamt-Dienstzeit von 19 auf 12 Jahre) angenommen, mit der Bestimmung, daß in Bezug auf die Auswanderung der Reservisten lediglich diejenigen Bestimmungen maßgebend sein sollen, welche für die Auswanderung der Landwehr-Männer gelten. Dagegen bestand die Mehrheit des Hauses auf dem Gegenjuzeständniß der Zustimmung der Regierung zu der Forderbeck'schen Fassung des Art. 56: „Die Friedens-Präsenzstärke des Bundesheeres wird bis zum 31. December 1871 auf ein Procent der Bevölkerung von 1867 normirt, und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundes-Staaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt.“ Herr v. Koon hatte zwar noch seine Bedenken, doch zweifelt man nicht, daß für diese vom Hause beschlossene Fassung auf die Annahme durch die Regierungen gerechnet werden könne. —

Während sich in Deutschland die Aufregung, welche die Luxemburger Angelegenheit hervorgerufen, wieder glättet, ja sogar die Nachrichten von einem beabsichtigten Besuche König Wilhelm's in den Tuilerien immer bestimmter ausfallen und damit die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens geben, rührt der Kriegesgeist in Paris noch immer fort. Ein Pariser Korrespondent meldet, die dortigen Regierungskreise behaupten mit unerklärlicher Sicherheit, der Besitz Luxemburgs, ob mit oder gegen Preußens Zustimmung, sei Frankreich gesichert, und das auswärtige Amt zeige eine so ungewohnte Energie in seinen Auslassungen, daß an dem festen Willen, selbst vor einer kriegerischen Möglichkeit nicht zurückzuschrecken, nicht zu zweifeln sei. Es wird darauf nicht viel zu geben sein; man hat in Paris eben einen Rückzug zu vermeiden, eine kleine Blamage zu verschmerzen, und da raffelt man entsetzlich mit dem Säbel und macht dem Volke allerhand Flunkereien vor, um denselben plausibel zu machen, man brauche nur zu wollen, um Preußen zu Kreuze kriechen zu sehen. In dieser Meinung werden wir auch nicht irre gemacht durch die in den Französischen Militärwerkstätten herrschende fieberhafte Thätigkeit, die allein bezwecken soll, daß das Kaiserreich nicht wieder so unvorbereitet einer Eventualität gegenübergestellt werde, bei der seine Eitelkeit in so eminenten Weise engagirt ist, wie bei der Frage wegen Luxemburg. Das Pariser Publikum faßt augenscheinlich die Sache ebenfalls von diesem Gesichtspunkte auf, denn mit neugieriger Spannung, aber auch weiter nichts, steht es der Entwicklung des kleinen Drama's zu, dem es bis jetzt noch kein nationales Interesse hat abgewinnen können.

Der Pariser Wig vergleicht in der Luxemburger Angelegenheit den Kaiser mit einem Jäger, der während des ganzen Tages sehlgeschossen hatte und, um nicht mit leerer Tasche heimzukehren, sich bei dem Wildpret-händler einen Hasen kaufte.

Interessant in Bezug auf Luxemburg ist die geschichtliche Erinnerung, daß Sigismund, der letzte deutsche Kaiser aus luxemburgischem Geschlechte, es war, welcher an den Ersten der hohenzoller'schen Fürsten, den Ahnen der Könige von Preußen, die Mark Brandenburg verpfändete zu dem milden Zwecke, um Mittel zu bekommen zur Bekriegung und Verbrennung der Anhänger des Ketters Huf! Preußen hat also indirekt wenigstens die Anfänge und Grundlagen seiner Größe und Macht einem Luxemburger zu verdanken.

Die Agitation der Luxemburger zu Gunsten ihres Verbleibens bei Deutschland nimmt mit jedem Tage größere Dimensionen an; es wird eine Volksver-

sammlung vorbereitet, in der eine Proclamation zu Stande gebracht werden soll, welche die Deutschen auffordert, sich auf's Entschiedenste gegen jedes Gelüste Frankreichs nach deutschem Grund und Boden auszusprechen. Aus Arlon wird in Bezug auf die Stimmung der Luxemburger Aehnliches geschrieben: wenn man sich auch der französischen Sprache bediene, heißt es, so hege doch Niemand das Verlangen, mit Frankreich vereinigt zu werden. Mit Zuversicht sehe man der Einigung Deutschlands entgegen, indem man von derselben auch Schutz gegen eine Losreißung von dem allgemeinen Vaterlande hofft.

In Paris ist ein neues preußenfeindliches Blatt entstanden, das sich „La Situation“ nennt. Daran wäre an und für sich nichts zu verwundern, und wir würden die Thatsache auch gar nicht der Erwähnung werth gehalten haben, wenn nicht die Urheber des Unternehmens unsere Aufmerksamkeit erregten. Dieselben sind nämlich der Erbprinz Georg von Hannover, Baron Rothschild in Wien, der frühere hannoversche Gesandte in Paris und der Expräsident der Pariser Kammer Graf Walewski. Diese vier Herren haben sich vorläufig zu einem Opfer von 2,000,000 Francs bereit erklärt.

Aus Holland wird berichtet, daß die Militärposten an der Grenze, welche dort zur Verhinderung der Einschleppung der Kinderpest aufgestellt waren, sämmtlich zurückgezogen sind und in dem Lande selbst mit großem Eifer Waffenübungen vorgenommen werden.

Die Wiener „Presse“ erzählt von einem in dortigen diplomatischen Kreisen circulirenden Gerüchte, dessen Richtigkeit sie jedoch selber nicht verbürgen will. Am 15. März, erzählt das Wiener Blatt, machte Graf Bismarck dem österreichischen Gesandten in Berlin Mittheilungen von den mit Süddeutschland abgeschlossenen Allianzen, betonte den defensiven Zweck derselben und fügte hinzu, „er hoffe von Seiten Oesterreichs auf ein entsprechendes Verfahren und auf die Achtung der Rechte, welche Preußen in dem Prager Frieden erworben habe. Im andern Falle würde Oesterreich die Erfahrung machen, daß an seiner Schwelle (in den Donaufürstenthümern) ein Pulverborrath aufgehäuft sei, und daß König Wilhelm die Lunte zu demselben (den Fürsten Karl) in der Hand halte.“ — Das nennt man doch unverschämte Lügen!

Die Galizischen Blätter beschäftigen sich lebhaft mit der neuerdings von Pesth aus angeregten Frage der Vereinigung Galiziens mit Ungarn. Sie geben fast einstimmig dieser Vereinigung für den Fall den Vorzug, daß es Galizien nicht gelingen sollte, dieselbe politische Sonderstellung zu erlangen, wie sie Ungarn zugestanden ist. Das Motiv, das dem Wunsche der Vereinigung mit Ungarn zu Grunde liegt, ist die Furcht vor der Macht des germanischen Geistes, dem sie, falls er in der Westhälfte des österreichischen Kaiserstaates zur vollen und ungehinderten Herrschaft gelangen sollte, denselben zersetzenden und assimilirenden Einfluß auf das polnische Element in Galizien zutrauen, wie er ihn im Großherzogthum Posen geübt hat.

Die „Gazeta Narodowa“ will wissen, daß man in Pesth im kaiserlichen Rath den Beschluß gefaßt habe, die Krone Böhmen neben Ungarn und den deutschen Kronländern als eignes Glied des Kaiserstaates anzuerkennen; der Kaiser würde sich demnach in Prag krönen lassen; auch Hr. v. Beust soll für diesen Plan sein.

Rußland soll sich durch die Abtretung seines Besitzthums in Amerika die Mitwirkung der Union in der orientalischen Frage gesichert haben.

Es steht bereits fest, daß die Bundes-Regierungen den Beschluß des Reichstages, betreffend die Bewilligung von Diäten, ablehnen werden. Sie erachten denselben dem allgemeinen Wahlrecht gegenüber principieell unzulässig.

Die Zahl der Reichstagsmitglieder, welche ihre Sitze bis jetzt eingenommen, beträgt 291. Ihrem Stande nach befinden sich darunter: 4 Minister, 26 Regierungs- und Verwaltungsbeamte, 32 Landräthe, 43 Justizbeamte, 17 Rechtsanwälte, 15 städtische Beamte, 7 Geistliche, 10 Professoren und Lehrer, 9 Offiziere, 1 Konsul, 3 Schriftsteller, 3 Aerzte, 14 Gewerbetreibende, 6 Kammerherren, 42 Gutsbesitzer und Amtleute, 1 Bankier, 2 Rentiers, 18 ohne Standesangabe und 31 zur Disposition gestellte und pensionirte Militairs und Civilbeamte. Darunter befinden sich 7 Minister. Ihrer Geburt nach gehören der Versammlung an: 1 königlicher Prinz (Prinz Friedrich Carl), 2 Herzoge, 3 Fürsten, 1 Prinz, 29 Grafen, 19 Freiherrn und Barone, 67 Edelleute und 169 Bürgerliche.

Obwohl die luxemburger Frage vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt ist, wird der preußische Fortifikationsdienst in der dortigen Festung doch durch

Abkommandirung verschiedener Ingenieur-Offiziere aus anderen Plätzen nach Luxemburg verstärkt.

Zu den Erinnerungskreuzen aus dem vorjährigen Feldzuge sind 250 Ctr. Bronze erforderlich, wozu über 40 eroberte Oesterreichische Kanonen verbraucht werden. Die Prägekosten werden auf 200,000 Thlr. veranschlagt.

Wie nunmehr bestimmt ist, wird die Vermählung des Königs von Baiern Mitte September d. J. stattfinden.

Im vorjährigen Feldzuge ist die höchste militärische Kriegsauszeichnung in der österreichischen Armee, der Militär-Maria-Theresia-Orden, in 17 Fällen zur Vertheilung gekommen.

Die Kaiserin von Frankreich ist sehr niedergeschlagen und leidend, was dem Zustande ihres Sohnes zugeschrieben wird, der wirklich bedenklich sein soll.

Außer den in Paris feiernden Schneidern wollen nun auch noch die Friseur, Barbier, Schuhmacher, Klempner und Zinlarbeiter die Arbeit einstellen. Die Schneider haben in einer abgehaltenen Versammlung beschlossen, ein gemeinsames Geschäftshaus für 500,000 Francs anzukaufen und auf eigene Faust zu produciren; aber Niemand glaubt, daß dieser Plan auch zur Ausführung kommen werde, da es am Besten fehlt.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 8. April.

Der „Staatsanzeiger“ meldet offiziell folgende Personal-Veränderungen:

Schmidt, Oberst und Commandeur des Pommer. Festungs-Art.-Regts. Nr. 2, in gleicher Eigenschaft zum Preuss. Feld-Art.-Regt. Nr. 1 versetzt. Dastke, Zeug-Üt. von der Gewehrfabrik in Danzig, zum Zeug-Pr.-Lieut. befördert. Heldt, Capitain zur See, von dem Verhältnis als Chef des Stabes des Ober-Commando's der Marine entbunden. Batsch, Korvetten-Capitain, unter Entbindung von der Stellung als Direktor der Marine-Schule und als Kommandant Sr. Majestät Schiffes „Rlobe“, zum Chef des Stabes des Ober-Commando's der Marine ernannt. Liebe, Major à la suite des See-Bat., erster Mil.-Lehrer an der Marine-Schule und beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Direktors derselben, zum Direktor der Marine-Schule ernannt. Westphal, Hauptm., bisher Comp.-Chef in der 2. Art.-Brig., Hauptstabs, Pr.-Lt., bisher in der 7. Art.-Brig., in die See-Art.-Abtheilung versetzt. v. Bothwell, Capitain zur See, zum Kommandanten Sr. Maj. Schiffes „Ibetis“ als Art.-Schiff, Kin derling, Korvetten-Capitain, unter Entbindung von dem Kommando Sr. Maj. Schiffes „Ibetis“, zum Kommandanten Sr. Maj. Schiffes „Nympe“, Struben, Korvetten-Capitain, zum Kommandanten Sr. Majestät Schiffes „Medusa“, Przewinski, Korvetten-Capitain, zum Kommandanten Sr. Majestät Nacht „Grille“ ernannt.

Die in sonst gut unterrichteten Kreisen in Aussicht gestellte Uebernahme des Marine-Ministeriums durch den Contre-Admiral Jachmann soll von dem durch den Letzteren gestellten Ansuchen, abhängig gemacht werden, die gedachte Verwaltung vom Kriegsministerium als selbstständigen Ressort abzuzweigen.

Wie verlautet, wird das in der Zahl von 14 größeren Schiffen zum Manövriren in der Ostsee bestimmte Uebungsgeschwader unter Kommando des Herrn Capitains z. S. Heldt treten.

Von der Marine ist eine entsprechende Anzahl von Offizieren behufs ihrer weiteren Ausbildung und Instruktion auf längere Dauer in fremde Marinen abkommandirt.

Sr. Majestät Briggs „Musquito“ und „Kover“ haben am 2. d. Mts. von Toulon aus die Rückreise angetreten.

Bisher wurde es jungen Leuten gestattet, bei dem Seebataillon sich zu der Offiziercarriere für diese Waffe auszubilden. Für die Folge hört jedoch eine derartige Vergünstigung auf, da der Offiziererwerb des Bataillons fernhin aus dem Landheere erfolgen soll.

Die berittenen Mannschaften und Fahrer der Fuß-Artillerie werden mit Pistolen bewaffnet werden; es ist hiermit bereits der Anfang gemacht worden.

Am Sonnabend wurde mit der Einrichtung des Eisenbahnplanungs über die Chaussee- und Fahrstraße am Oltwaerthor begonnen.

Bis zum Eingange der Entscheidung der Kgl. Regierung über die Verlegung des Waisenhauses ist eine vorläufige Einigung der Anstalts-Vorsteher mit der Besitzerin von Kl.-Hammer getroffen worden.

Am 4. Mai c. steht beim hiesigen Magistrat der Termin zur Verpachtung der Bernsteinnutzungen am Seestrande von Weichselmünde bis Pöskel an.

Von heute ab werden die Dampfschiffe zwischen hier und Neufahrwasser stündlich courstren.

Die drei höheren Lehr-Anstalten Danzig's werden, nach Angabe der jetzt veröffentlichten Jahresberichte, von 1396 Schülern besucht, und zwar das Gymnasium von 451, die Realschule zu St. Petri von 476 und die zu St. Johann von 469 Schülern. In den Vorschulen dieser Anstalten befinden sich

218 Schüler. An den genannten Anstalten sind 54 Lehrer thätig.

Gestern Abend waren bei der dritten Vorstellung des Lustspiels: „Die zärtlichen Verwandten“ wieder alle Räume unseres Stadttheaters überfüllt. Diese Anziehungskraft ist aber sehr natürlich, denn nicht nur, daß das Lustspiel selbst vortrefflich dem Zwecke entspricht, und in gemüthlicher Weise für die Abendstunden zu erheitern, und daß Herr Alexander Ködert bereits ein gern gesehener Gast in Danzig ist, so darf wohl auch mit Recht behauptet werden, daß schon seit Jahren kein Lustspiel hier so vortrefflich zur Aufführung kam, weil jeder Mitwirkende seinen Part auf's Beste darin ausfüllt. Es kann sich natürlich nicht immer so günstig fügen, wie in diesem speziellen Falle, daß alle Rollen eines Stückes gerade den individuellen Eigenschaften der vorhandenen Schauspielkräfte so zusagen, als ob sie vom Dichter für dieselben geschrieben wären, doch dies trifft hier — besonders bei den Damentollen — vollständig ein, und durch dieses glückliche Zusammentreffen eben so wie durch den besonderen Fleiß des Einstudirens hat das Ensemble eine so prächtige Gesamtwirkung hervorgebracht, daß wir „Die zärtlichen Verwandten“ als eine wahre Muster-Vorstellung unserer Bühne begrüßen müssen. Um den Bestellungen für Plätze, welche gestern nicht befriedigt werden konnten, genügen zu können, wird morgen dieselbe Vorstellung noch einmal wiederholt. Hr. Alexander Ködert ist rasch ein Liebling des Danziger Theaterpublikums geworden, und um auch seinerseits dem hiesigen Publikum resp. den Abonnenten freundlichst entgegenzukommen, hat der Künstler sich entschlossen, die morgige Vorstellung im Abonnement zu spielen, wofür ihm sicher die Anerkennung aller Theaterfreunde um so mehr zu Theil werden wird, als der Besuch seiner Gastspiele ohnehin stets ein gesteigertes war. Leider werden wir den geehrten Gast nur noch an zwei Abenden zu sehen Gelegenheit haben.

Der Schneesturm am Freitag hat vielen Schiffen auf hoher See Beschädigungen zugefügt, und sind in Folge dessen eine holländische Kuff (welche mit einer Brigg zusammengestoßen) mit gänzlich zerbrochenen Masten — eine Brigg mit eingeranntem Achtertheil und mehrere andere Schiffe mit Verlust des Bugspriets eingekommen. Von der holländischen Kuff mußte durch den Schleppdampfer Hecla zuerst die Tafelarge und demnächst das Schiff eingebracht werden.

Man schreibt uns aus Pommern: Der Hering- und Lachsfang, der bereits begonnen, gewährt einen größeren Gewinn, als in den früheren Jahren, namentlich giebt der letztere viele große Fische.

Elbing. Durch die Verurtheilungen in dem großen Danziger Raubmordprozeß scheint doch nur ein kleiner Theil der Verbrecher, die unsere Gegend unsicher machen, ihrem Verufe entzogen zu sein. Wiederholt gelangten in der letzten Woche Berichte über verwegene räuberische Anfälle aus der Umgegend hierher. Es sind dies nicht schüchterne Thaten augenblicklicher Noth, die Kerle benutzen zu ihren Unternehmungen die Eisenbahn, begeben sich in beträchtlicher Zahl dreist und geräuschvoll an Ort und Stelle und treiben ihr nächtliches Handwerk mit zusehender Offenheit. Seit dem vorigen Herbst hört man so viele Klagen über die Unsicherheit auf dem Lande, und wenn auch die Landleute, hiedurch vorsichtig gemacht, ihr baares Geld jetzt größtentheils den städtischen Depositen- und Sparcassen anvertrauen, so kommt doch oft, abgesehen von anderm Schaden bei solchen Ueberfällen, Gesundheit und Leben in Gefahr.

Am Palmsonntage beginnt Hr. Direktor Fischer aus Danzig hier einen kurzen Cyclus von Vorstellungen mit seiner Operngesellschaft. Das Publikum theiligt sich mit großer Lebhaftigkeit am Abonnement.

Schrimm (Posen). Die hier bestehende Jesuiten-Congregation hat sich in letzter Zeit durch neue Mitglieder so sehr vergrößert, daß ihr die von ihr bewohnten Räumlichkeiten zu enge geworden sind und sie einen Erweiterungsbau beschlossen hatte. Es ist ihr aber sowohl von der Polizei wie vom Magistrat der Consens zu diesem Bau verweigert. Die Congregation hat bisher den vom Jesuitenorden in der Neuzeit adoptirten Grundsatz befolgt, möglichst wenig von sich reden zu machen. Erst der von ihr beabsichtigte Erweiterungsbau hat wieder die öffentliche Aufmerksamkeit auf sie gelenkt.

Gerichtszeitung.

Schwurgerichts-Sitzung vom 6. April.

[Mord.] Die unverschämte Francisca Zocha, 21 Jahre alt, ist angeklagt, am 21. Nov. 1866 ihre am 7. Nov. 1866 geborene Tochter vorzüglich, mit Ueberlegung getödtet zu haben. Die Behauptungen der Anklage für die Schuld der Angeklagten stimmen mit den Angaben der Letzteren genau überein; wir reproduciren daher hier nur ihre eigene Aussage: Am 7. Nov. v. J. habe ich auherbeilich eine Tochter geboren. Mein Bräutigam that weder für mich noch für mein Kind etwas, und da ich nicht zur Arbeit gehen konnte, übermannte mich die Sorge. Ich war in Verzweiflung darüber, wie ich mein Kind und mich in Zukunft erhalten würde. Schon damals sagte ich den Entschluß, mein Kind über Seite zu bringen, d. h. zu tödten. Am 21. Nov. v. J. verließ ich meinen Wohnort Czehoczyn, um in Neustadt einen gerichtlichen Termin abzuwarten. Es war sehr kalt, mein Kind trug ich, nur in einer Windel gewickelt und mit

meinem Tuch bedeckt, auf meinen Armen. Als ich bei Rheda auf einem Steege den Rhedafluß passirte, überkam mich der Gedanke, mein Kind hier in's Wasser zu werfen. Es war Morgens gegen 7 Uhr, also noch finstlich; daß ich dabei beobachtet werden könnte, war kaum denkbar. Ich ging deshalb ein Ende das Ufer hinauf, und neben einem Gebüsch legte ich mein Kind mit dem Rücken in's Wasser. Ich wendete mich nach Ausführung dieser That schnell weg und ging nach Neustadt, woselbst ich den Termin wahrnahm. — Die Angeklagte giebt zu, daß ihr Kind lebte, als sie es in's Wasser legte, es machte Bewegungen mit den Armen und athmete. — Die Leiche des Kindes ist nicht aufgefunden worden; es liegt aber kaum in der Möglichkeit, daß das Kind durch irgend einen Zufall gerettet sein könnte. Nach den Auslassungen des Kreisrichters Schmiedel, welcher die Befichtigung des Rhedaflusses vorgenommen hat, ist der Fluß an der Stelle, wo die Angekl. ihr Kind hineingelegt haben will, 3 Fuß tief, 40 bis 50 Fuß breit; er hat ganz glatte und weder mit Gebüsch noch Bäumen besetzte Ufer; die Strömung ist stark und zieht sich weiter unten nach einer Mühle. Es muß sonach angenommen werden, daß das Kind von den Mühlenrädern zermalmt worden ist. — Die Geschworenen verneinten die Vorfrage und bejahten die Verurtheilung unter Verneinung des erschwerenden Umstandes der Ueberlegung — mit 7 gegen 5 Stimmen. Der Gerichtshof trat der Majorität der Geschworenen bei und erkannte wegen versuchten Todtschlags zu zehn Jahren Zuchthaus.

[Freisprechung.] Der Hofbesitzer Gustav Wiebe in Gotteswalde wurde in nicht öffentlicher Sitzung von der Anklage der Nothzucht freigesprochen.

Bermischtes.

Aus der Invasionszeit erzählt der Feuilletonist der Prager Zeitung folgende zwar verspätete, aber, wie er versichert, wahrheitsgetreue Geschichte: In einem kleinen Industrieorte, nicht allzu fern von der Grenze, hatte sich bei der Nachricht vom Heranrücken der Preußen der Bewohner ein panischer Schrecken bemächtigt. Wie in Schiller's Glocke fing Alles an zu rennen, zu retten und zu flüchten. Wer aber nicht flüchten konnte, war der Ortsvorsteher und Besitzer einer großen Zuckersfabrik. Er mußte, wollte er nicht Alles auf's Spiel setzen, die Ankunft des Feindes geduldig abwarten. Mehr noch als die Sorge um das eigene Hab und Gut quälte den braven Mann der Kummer um die seiner Obhut anvertrauten öffentlichen Gelder. Kein Ort im Haus und Garten schien ihm für dieselben sicher genug. Da gerieth er auf den genialen Gedanken, das Geld, wohlverpackt in Wachleinwand, seinem riesigen Syrupfasse in der Fabrik anzuvertrauen. In stiller Nacht wurde der Schatz in die unergründliche Tiefe der süßen Fluth versenkt, und nun sah der Ortsvorstand mit verhältnismäßiger Ruhe dem Verlaufe der Dinge entgegen. Zum Unglück hatte ihn jedoch ein Taugenichts von Arbeiter bei der heimlichen Manipulation belauscht, und sobald der Feind eingerückt war, verrieth der Glende das Geheimniß. Der preussische Offizier, ein Ehrenmann, lohnte die Denunciation mit einer kolossalen Ohrfeige und jagte den Verräther davon. Leider hatten aber einige unternehmende Pommern die Sache mit angehört, und diese beschlossen nun, den allgemeinen Trubel benützend, den Schatz auf eigene Faust zu heben. Zu dem kostbaren Syrupfasse zu gelangen, war eine Kleinigkeit; wie aber sollten sie dem Schatze selbst beikommen? Das Gefäß auseinanderzuschlagen, durften sie nicht wagen, und die nach vielen Eimern zählende Masse auszuschöpfen, ging auch nicht an. Es blieb also nichts übrig, als nach dem Gelde zu fischen. Rasch wurde ein Brett quer über den Bottich gelegt, einer der Soldaten stellte sich darauf und begann mit dem an einer Stange befestigten Kübel den Fischzug. Nun ist aber das Fischen im Syrup eine mißliche Sache. Bald war der Kübel nicht mehr herauszubringen. Der Soldat stemmte die Stange gegen das Brett und drückte aus aller Kraft darauf los. Ploß bricht das Brett und Wilhelm, der Schatzgräber, plump in das Syrupmeer. Nur mit unsäglicher Anstrengung wurde der Mann unter dem tollen Gelächter seiner Kameraden wieder an das rettende Ufer gebracht. Die nun folgende Scene kann man sich leicht denken. Statt des Geldes bekam der unternehmende Pommer den Spitznamen: „der süße Willem“, und die Geschichte mit dem Syrupfasse lebt fort in den Annalen des Regiments.

Literarisches.

Soeben ist eine Broschüre „Der Preussische Geschworene“ zum Preise von 5 Sgr. im Selbstverlage des Verfassers, des Hrn. Gerichts-Actuars J. Siebentritt erschienen, auf welche wir besonders aufmerksam machen. Das Büchlein enthält nicht nur die auf den Geschworenenpflicht bezüglichen Gesetze und Verordnungen, sondern auch eine praktische Anleitung zur Beantwortung der Schuldfragen. Es dürfte wohl jedem Bürger und Landwirth willkommen sein, daß er sich durch diesen Leitfaden in den Stand setzen kann, dem Schwurgerichtshof vollständig infirmirt gegenüber zu treten. Nur zu

oft hat sich schon der für beide Theile (Gerichtshof und Geschworene) gleich unangenehme Fall herausgestellt, daß aus Unkenntnis mit den vorgeschriebenen Formalitäten und den Pflichten der Geschworenen, Letztere wiederholt haben in Beratung treten müssen, um dem Geseß Genüge zu leisten. Diese Uebelstände zu beseitigen, ist vorzugsweise das Bestreben des Autors gewesen, und können wir das Schriftchen nur als ein aus Fachkenntnis hervorgegangenes Werk rühmen und empfehlen. Exemplare zu 5 Sgr. pro Stück sind auch in der Expedition unseres Blattes, Postchaisengasse Nr. 5, zu haben.

[Eingefandt.]

Gelegentliche Bemerkung über Schulwesen.

Wir lasen vor einiger Zeit, daß man in einer Stadt Ostpreußens es beklage, daß die Vorbereitungsklasse am dortigen Gymnasium bei 48 Schülern noch immer ungetheilt sei. Nun, da müssen wir doch gestehen, wenn 48 Schüler noch zu viel für eine solche Classe sind, so geht es wirklich etwas in's Weite. — Wenn schon Vorbereitungsklassen gar nicht einmal unumgänglich notwendig. Für die Sexta der höheren Schulen bereitet jede andere gute Schule vor, und daß sich die Zahl der letzteren stets mehre, dafür wird jezt ja recht anerkennenswerth geforgt. Um so weniger sind besondere „Vorbereitungsklassen“ und „Vorschulen“ nötig. Man muß dem Verlangen darnach Einhalt thun, denn es ist ansteckend, bereits ist von nicht höheren Schulen schon der Wunsch nach Vorbereitungsklassen laut geworden. Sind sie für die höheren Anstalten entbehrlich, so für diese doch überflüssig. — Man hat gesagt, für die höheren Schulen müsse der Unterricht von den ersten Anfängen an schon „wissenschaftlich“ eingerichtet sein. Ach du mein Himmel, wissenschaftlich für Septima und Octava! — Sollte der Unterricht in den anderen Schulen nicht zur Vorbereitung für Sexta genügen, zumal kein Schüler vor 10 Jahren nach Sexta kommen soll. Und wenn auch Vorschulen da sind, man muß aus andern Schulen ja doch aufnehmen. — Das Schlimmste aber ist, daß der „wissenschaftliche Unterricht von Grund auf“ doch nicht das gute Vorbereitende in der Schule sichert, denn es wird, wie ein Realchul-Director sehr treffend gesagt hat, unten viel Fichtenholz hineingegeben, aus dem bis oben Mahagoni gemacht werden soll, was aber unmöglich ist, daher auch ein äußerer kleiner Theil der Hunderter von Schülern wirklich die Schule durchmacht. Die Meisten machen sie nicht durch. Viele müssen, weil sie zu lange auf einer Classe sitzen, zum Abgehen genöthigt werden, denn es zeigt sich an ihnen keine Mahagonifaser. Wie viel besser also, wenn ein Kind nicht eher in die höhere Schule geschickt wird, als bis diese Faser deutlich zu Tage tritt, was schwerlich schon in Octava, wohl aber bis zum 10ten Jahre in jeder Schule geschehen wird, welche man für den ersten Unterricht wählt. — Diese den höheren Anstalten angehängten „Vorschulen“ leisten nur der Thorheit und Eitelkeit der Eltern Vorschub; der Thorheit: das Kind gleich „von klein auf“ in die höhere Schule zu schicken, unbekümmert darum, ob es dazu beanlagt ist oder nicht. Daher denn so viele „pensionirte Quartaner“ à la „Karlschen Mänik“. Durch die „Vorbereitungsklassen“ will man dem vorbeugen, während man es gerade befördert. — Wie sehr vielen Eltern wird es schwer, das hohe Schulgeld zu zahlen. Nun, wenn diese von der Eitelkeit ließen, so kämen ihnen die ersten Schuljahre ihres Kindes um die Hälfte billiger zu stehen. — Wann werden die Eltern zu der Einsicht gelangen, erst zuzusehen, ob „hoch hinaus“ für ihr Kind wohlgerhan ist? Und wann werden die Behörden solche Einrichtungen treffen, die dem eitlem, unüberlegten Drängen nach den höheren Schulen wehren? — Wieviel Prozent dieser Schüler machen dieselben überhaupt durch? — Von der großen Schülerzahl wird meistens nur ein sehr kleiner Bruchtheil als Abiturienten entlassen. Wir haben von höheren Schulanstalten zu Berlin gelesen, die bei 14 Classen jährlich kaum $\frac{1}{2}$ Duzend Zöglinge mit dem Zeugnis der Reife entließen. — Im Gebiete der Bildung, des Unterrichts und der Erziehung kann das Gewährenlassen der Eitelkeit und Thorheit der Eltern unmöglich das Rechte sein. Die Menge trägt davon Unfertigkeit, Halb- und Viertelbildung, und solche intellectuell wie moralisch Halbgebildeten füllen nachher die Welt; aus ihnen werden keine Charaktere, keine straffen, strammen Männer, die unserer Zeit so sehr noth thun. — Dies ist ein Punkt, auf den Schulgesetzgebung und Schuleinrichtungen ganz besonders ihr Augenmerk zu richten haben. Die jetzige Einrichtung kann in Anbetracht der hohen, edeln und großen Ziele, die zu erreichen sind, unmöglich eine würdige genannt werden, denn sie basirt auf den Schwächen der Menschen, hat also kein rein sittliches Fundament. Wenn aber gesagt worden, die höheren Schulen erforderten einen zu großen Zuschuß, weshalb schon vielerwärts das Schulgeld erhöht worden, der Zuschuß würde sich noch steigern, wenn man dem Andränge steuerte; so ließe sich der Zuschuß vielleicht dadurch beseitigen, daß, wo z. B. zwei höhere Schulen gleicher Art bestehen, für Beide nur Eine Prima und Sekunda beliebt würden. Die geringe Abiturienten-Zahl allerwegen weist darauf hin. Dann würden, statt der jetzigen wenigen, in Einer Anstalt 12—15, höchstens 20 Abiturienten in der combinirten sein; das wäre noch keine zu übermäßige Zahl. Beide Anstalten dürften dann nur Einen Director haben, was schon eine bedeutende Ersparniß wäre, und vielleicht ließen sich dabei auch noch andere Ersparnisse erzielen.

Course zu Panzig am 8. April.

| | | |
|---------------------|-------|---|
| London 3 Mt. | 6.22½ | — |
| Westpr. Pf.-Br. 3½% | 77 | — |
| do. 4% | 84 | — |
| do. 4½% | 91 | — |

N a t h s e l.

Ich werde schrecklich maltrairt
Von Füßen und von Händen,
Ich werd' getreten und geschmiert,
Man pflegt mich zu verwenden
Bei leerem Magen, und dem Mund
Bin ich von Pech auch ganz gesund,
Wenn er beginnt zu lästern
Bei Klatsch- und Kaffee-Schwestern.

Den Hühneraugen jag' ich nach,
Wie die Marianne Grimmert,
Und wenn das Uebel Tag für Tag
Sich irgendwo verschlimmert,
Dann wende man mich fleißig an,
Vor Allem glaube man daran,
Zu zweifeln wäre schmähtig,
Der Glaube macht ja felig.

L. B.

Handel und Gewerbe.

Danzig, Sonnabend, 6. April.

Bewährte Landwirthe sind der Ansicht, daß der bisherige und noch fortdauernde Nachwinter den Saatselbren keinen Schaden bringe; dieser Ansicht stehen andere Ansichten gegenüber, die bis jezt wohl kaum gegründet sein dürften. Allein die Fortdauer dieses Nachwinters würde doch starke Besorgnisse rechtfertigen. Diese Woche war ausgezeichnet weniger durch den Thermometerstand von 2—3° Minus als durch heftige eifige Stürme, die u. A. 5 Rahmladungen Weizen vor der Plehnendorfer Schleuse sehr schwer beschädigten. — Unsere Kornböde wurde jedoch durch die aufsteigenden Bedenkllichkeiten nur wenig belebt, und in Weizen fand nur ein Umsatz von 630 Lasten statt. Alle feine Sortungen blieben sehr fest, und die knappen Ausbietungen waren sehr gesucht. Abfallende waren schwer unterzubringen, obwohl im Allgemeinen vorige Preise wenigstens annähernd erlangt wurden. Hochbunter und feinglästiger 130. 33pfd. Weizen pro Scheffel 104.108 bis 110 Sgr.; hellfarbiger 125. 28pfd. 96—100 Sgr.; guter bunter 126. 28pfd. 90—95 Sgr.; mittler bunter 124 bis 126pfd. 86—89 Sgr.; geringer 118. 22pfd. 81—84 Sgr., Alles auf 85 Zollpfd. — Die umgesetzten 80 Lasten Roggen wurden fast nur zum Konsum zu etwas erhöhten Preisen genommen. 116. 20pfd. 56½—58½ Sgr., 122. 24pfd. 60—61½ Sgr., 125. 27pfd. 62½—63½ Sgr. pro 81½ Zollpfd. — In Gerste schwache Zufuhr, schwacher Begehr und unveränderte Preise. Kleine 102. 108pfd. 49—51 Sgr. Große 108. 115pfd. 52—54 Sgr., Alles auf 72 Zollpfd. Hafer ist gut verkäuflich. 70. 85pfd. wird mit 30 bis 34 Sgr. pro 50 Zollpfd. bezahlt. — Erbsen fanden mäßige Frage und etwas bessere Preise. Futter- 55 bis 58—59 Sgr., Koch- 61—64 Sgr. pro 90 Zollpfd. — Der Preis von Spiritus hat sich auf 16½ Thlr. pro 8000 erhalten. Umsatz 400 Tonnen.

Schiffs-Report aus Neufahrwasser.

Angekommen am 6. April:
11 Schiffe; davon 4 m. Gütern, 2 m. Kohlen, 2 m. Cement, 1 m. Granitsteinen u. 2 Schiffe m. Ballast.
Gesegelt: 2 Schiffe m. Getreide.
Angekommen am 7. April:
19 Schiffe; davon 3 m. Kohlen, 5 m. Gütern, 2 m. alt. Eisen, 2 mit Heeringen u. 7 Schiffe m. Ballast.
Gesegelt: 1 Schiff m. Getreide u. 2 Schiffe m. Cement.
Angekommen am 8. April:
9 Schiffe; davon 4 m. Gütern, 2 m. Kohlen, 1 m. Salz und 2 Schiffe m. Ballast.
Nichts in Sicht. Wind: S.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 8. April.

Weizen, 560 Last, 124.25—131pfd. fl. 600—645; 119.20—121.22pfd. fl. 545; 119pfd. fl. 530; 118pfd. fl. 500 pr. 85pfd.
Hafer, fl. 192—204 pr. 50pfd.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:
Oberbürgermeister v. Foller a. Bromberg. Rittergutsbes. v. Below-Saleste a. Saleste. Lieut. Lehmann a. Hannover. Partikulier Milowanow a. Reval. Die Kauf. Bell a. Sunderland u. Kleiber a. Dresden.
Hotel de Berlin:
Rittergutsbes. Hirschfeld a. Czernia. Die Kauf. Stade a. Breslau, Bauer a. Görlitz u. Zeglander a. Stettin.
Walter's Hotel:
General-Major u. Kommand. Knothe u. Pr.-Lieut. u. Adjutant Kleinow a. Königsbera. Lt. Graf Schwerin a. Thorn. Die Rittergutsbes. Boy a. Ragle u. Hanne-mann a. Pöbczernia. Die Kauf. Senz, Linde u. Rosenthal a. Berlin. Schriftf. a. Stettin u. Roth a. Schnee-berg. Frau Baronin v. Räßfeld a. Lewino.
Hotel du Nord:
Die Rittergutsbes. Freundt a. Pischin u. v. Levenar u. Gattin a. Domachau. Gutsbes. Pohl a. Senslau. Die Kauf. Franke u. Abel a. Berlin und Gabriel aus Wloclawek.
Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:
Rittergutsbes. Hering a. Mirchau. Gutsb. Krause a. Sublau. Die Kauf. Hübner a. Berlin, Dalmer aus Chemnitz, Steinhaus a. Königsberg u. Keld a. Magdeburg.
Hotel zum Kronprinzen:
Die Rittergutsbes. Maibahn a. Abl. Liebenau und Zimmermann a. Abl. Gremblin. Gutsbes. Zimdars aus Grebinerfelde. Glashüttenbes. Warmbrunn u. Gattin a. Eippusch. Die Kauf. Knobbe a. Delsbich, Reschte u. Elden a. Königsberg, Hoffmann a. Magdeburg, Polter a. London u. Baldenius a. Berlin.
Hotel d'Oliva:
Die Rittergutsbes. Wolter a. Goltalen, Simon aus Lehnow u. Arnold a. Eilsit. Die Kauf. Fischer und Jacobi a. Berlin, Schloffer a. Düsseldorf u. Fürstenberg a. Stettin. Gymnasial-Lehrer Dr. Tomaczewski n. Fam. a. Neustadt. Deconom. Heinemann a. Königsberg.

Stadt-Theater zu Danzig.

Um allen Nachfragen entsprechen zu können, wird morgen, da bei der gestrigen Vorstellung des Lustspiels „Die zärtlichen Verwandten“ ein großer Theil des geehrten Publikums keine Plätze mehr erhalten konnte, auf ausdrückliches Verlangen diese Vorstellung wiederholt, und hat unser Gast, Herr Alexander Köckert, um auch den Wünschen der resp. Abonnenten nachzukommen, sich bereit erklärt, an diesem Abende im Abonnement zu spielen.

Dienstag, den 9. April. (122. Abonn.-Vorst.)
Siebentes Gastspiel des kais. russischen Hofchauspielers Herrn **Alexander Köckert** aus St. Petersburg. Auf wiederholtes Begehren zum vierten Male: **Die zärtlichen Verwandten**. Lustspiel in 3 Akten von N. Benedicelli. * * Oswald Barnau — Herr Köckert.

Zum Besten der unter dem Protectorat Ihrer Kgl. Hoheit der Frau Kronprinzessin stehenden **National-Invaliden-Stiftung**

wird am **Sonnabend, den 13. April c.**, im Artushof, unter gefälliger Mitwirkung des Fräul. v. Maantz und der Herren Hoffmann, Kämmerer, Paris und Stöckhardt eine **musikalische Abend-Unterhaltung** stattfinden. Das Nähere wird noch bekannt gemacht werden. **Liebert.**

Die **Ausstellung** der zum Besten der Gründung einer christlichen Herberge in Danzig eingegangenen Gaben findet am **Mittwoch** den 10. April von 10 bis 5 Uhr auf dem obern Saale der „Concordia“, Langenmarkt 15, Statt gegen ein Eintrittsgeld von 2½ Sgr., ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen.

Für den **Verkauf** der Gegenstände sind die Tage **Donnerstag** den 11. u. **Freitag** den 12. April von 10 bis 5 Uhr Nachmittags festgesetzt. Auch während der Ausstellung und des Verkaufs werden Gaben aller Art mit Dank angenommen.

Zur Schulversorgung
empfehle ich mein Lager von Schulornamenten, Schul-taschen, Schreibebüchern und alle Schulutensilien, wie auch die gedruckten Schulbücher zum Einkaufspreise. (Große Schiefertafeln sehr billig.) Bücher-Einbände, Garnituren und Reparaturen schnell und billig.
J. L. Preuss, Postchaisengasse 3,
Buchbinderei, Galanterie- und Lederwaren-Fabrik.

Frische Holsteiner Mustern
im Bremer Rathskeller,
Langenmarkt 18.

Bad Elster
im Kgl. Sächsischen Voigtlande,
hact an der voigtländisch-böhmischen Staatsseisenbahn
(Reichenbach-Eger.)

Eröffnung der Saison: 15. Mai.
Schluss der Saison: 30. September.
Alcalisch-salinische Stablquellen
(im Civilpunde 3.0—4.7 Gran kohlen-saures Natron, 7.3—24.3 Gran schwefels. Natron, 5.4—14.4 Gran Chlornatron, 0.32—0.46 Gran kohlen-s. Eisenoxydul etc.)
Glauber-salz-fäuerling (im Civilpunde 4.9 Gran kohlen-s. Natron, 48.0 Gran schwefels. Natron, 12.5 Gran Chlornatron, 0.25 Gran kohlen-saures Eisenoxydul etc.)

Mineralwasser-Bäder mit Dampf-Seizung (Schwarzesehe Bäder).
Salinischer Eisenmoor.
Tägl. frische Kuh- & Ziegenmolken.
Gesündeste Lage in romantischer Waldgegend.
Telegraphen-Station.
Der Kgl. Brunnen- und Badearzt Herr Hofrath Dr. Flecksig und die Herren Badeärzte Dr. Benßler, Dr. Cramer, Dr. Löbner, Dr. Lude, Kgl. Nieder-ländischer Stabsarzt v. d. A., sind zu jeder, in das ärztliche Fach einschlagenden Auskunft bereit.
Bad Elster, im Monat April 1867.
Der Kgl. Bade-Commissar.
von Heygendorff.

König Wilhelm-Voofe à 2 u. 1 Thaler
sind zu haben bei **Edwin Groening.**